



Allgemeine Benutzungsregelungen

für die Ev. Kindertagesstätte „Die Arche“

der Ev.-luth. Kirchengemeinde Selsingen

Allgemeine Benutzungsregelungen

für die Evangelische Kindertagesstätte „Die Arche“
der Ev.-luth. Kirchengemeinde Selsingen

1. Aufgaben

Die Kindertagesstättenarbeit der Kirchengemeinde ist im Auftrag der Kirche begründet. Sie versteht sich als Verkündigung und Diakonie für Kinder. Von daher orientiert sich das Angebot der Kirchengemeinde an einem vom christlichen Glauben geprägten Verständnis von Mensch und Welt.

Kindern wird in der evangelischen Tageseinrichtung die Möglichkeit gegeben, vor dem Hintergrund ihrer eigenen familiären Lebenserfahrung und einem neuen bzw. anderen Lebensraum, den sie sich mit Eintritt in die Kindertagesstätte erschließen, ihr Kindsein mit seinen Bedürfnissen leben zu können. Dazu gehört, dass sie auch in diesem neuen Lebensraum ihre Erfahrungen und Möglichkeiten erweitern, wachsen und reifen lassen können. Das Erleben von Gemeinschaft in der Gruppe der Tageseinrichtungen und das Gestalten von gemeinsamer Zeit mit Gleichaltrigen gehört zu diesen Erfahrungen und Möglichkeiten, die die evangelischen Tageseinrichtungen den Kindern bieten möchten.

Die Aufgaben, Kinder zu betreuen, sie zu erziehen und zu bilden, sind nicht voneinander zu trennen und liegen zuerst in der Verantwortung der Eltern. Die Kindertagesstättenarbeit der Kirchengemeinde ergänzt das Elternhaus in der Verantwortung für die Erziehung der Kinder. Die Tageseinrichtung übernimmt unterstützend diese Aufgabe auf der Grundlage ihrer Konzeption. Eine Zusammenarbeit mit den Eltern ist deshalb unerlässlich und setzt gegenseitige Information voraus.

Dieses Verständnis voraussetzend, sorgt die Kirchengemeinde für eine fachgerechte Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder nach den gesetzlichen Bestimmungen.

2. Gruppen- und Betreuungsangebot

In Tageseinrichtungen für Kinder kann es verschiedene Formen des Zusammenlebens geben. In der Einrichtung unserer Kirchengemeinde nehmen wir Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren auf.

In der Einrichtung bestehen 1 Krippengruppe (bis 14.00 Uhr), 1 Vormittagsgruppe (bis 12.00 Uhr), 1 Integrationsgruppe (bis 13.00 Uhr) und 1 Ganztagsgruppe (bis 15.00 Uhr).

3. Aufnahme des Kindes

Die Aufnahme des Kindes erfolgt durch den Träger auf der Grundlage von Kriterien, die von ihm im Benehmen mit dem Beirat der Einrichtung festgelegt werden.

Kinder mit Behinderungen können nach den gesetzlichen Bestimmungen nur aufgenommen werden, wenn die Einrichtung die räumlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen bietet und Personensorgeberechtigte des behinderten Kindes, Träger und das Mitarbeiterteam in der Auffassung übereinstimmen, dass das Kind seinen Bedürfnissen entsprechend in der Tageseinrichtung betreut, erzogen und gebildet werden kann.

Die Personensorgeberechtigten nehmen eine schriftliche Anmeldung bei der Leitung der Kindertageseinrichtung vor. Die Leitung entscheidet über die Aufnahme bzw. Nichtaufnahme eines Kindes in die Einrichtung. Die Entscheidung wird den Personensorgeberechtigten schriftlich mitgeteilt.

Der Anmeldezeitraum für die Neuaufnahme der Kinder mit Behinderungen in die Integrationsgruppe ist vom 01.01 bis zum 28.02. für das kommende Kindergartenjahr.

Die Kinder, die bereits Kindertageseinrichtungen innerhalb der Samtgemeinde Selsingen besuchen, werden bei der Aufnahme in die Integrationsgruppe besonders bei besonderem Förderungsbedarf vorrangig berücksichtigt.

Bei Nichtaufnahme kann auf Wunsch der Personensorgeberechtigten das Kind in die Warteliste aufgenommen werden.

Spätestens bei Aufnahme des Kindes sind vorzulegen:

- a) Der unterschriebene Betreuungsvertrag.
- b) Das generelle Einverständnis zur Teilnahme des Kindes an Ausflügen, Besichtigungen, Spaziergängen.
- c) Benennung der zur Abholung berechtigten Personen.

4. Öffnungszeiten

Die Einrichtung ist von montags bis freitags von 06.30 Uhr – 17.00 Uhr geöffnet:

Krippengruppe (1-3 Jahre):	08.00 Uhr – 14.00 Uhr
Vormittagsgruppe (3-6 Jahre):	08.00 Uhr – 12.00 Uhr
Integrationsgruppe (3-6 Jahre):	08.00 Uhr – 13.00 Uhr
Ganztagsgruppe (3-6 Jahre):	08.00 Uhr – 15.00 Uhr

Sonderöffnungszeiten:

Frühdienst:	06.30 Uhr – 08.00 Uhr
Mittagsdienst:	12.00 Uhr – 13.00 Uhr
Spätdienst:	14.00 Uhr – 17.00 Uhr

Die zusätzliche Buchung der Sonderöffnungszeiten ist nur solange möglich, wie mit vorhandenem Personal eine angemessene Betreuung der angemeldeten Kinderzahl gewährleistet werden kann (gesetzlicher Betreuungsschlüssel).

Die allgemeinen Öffnungszeiten, Ferientermine und Schließungen bei Studientagen u. a. werden im Beirat festgelegt und den Personensorgeberechtigten rechtzeitig mitgeteilt.

Die Kindertagesstätte bleibt grundsätzlich in den Sommerferien vier Wochen und vom 24.12. bis 01.01. geschlossen.

Bei Bedarf wird in den Sommerferien ein Feriendienst in der Kindertagesstätte eingerichtet.

Der Träger ist berechtigt, die Einrichtung bei Krankheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeitweilig zu schließen, falls Aufsicht und Betreuung der Kinder nicht ausreichend gewährleistet werden können, sowie bei ansteckenden Krankheiten oder aus anderen zwingenden dienstlichen Gründen. Die Personensorgeberechtigten werden über den Grund und die voraussichtliche Dauer der zeitweiligen Schließung so schnell wie möglich benachrichtigt.

5. Aufsicht

Die Aufsichtspflicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstreckt sich auf die Zeit des Aufenthaltes der Kinder in der Einrichtung, einschließlich der Ausflüge, Spaziergänge, Besichtigungen u. a. Sie beginnt mit der Übernahme der Kinder durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und endet mit der Übergabe des Kindes an die Personensorgeberechtigten oder ihre Beauftragten. Für den Weg von und zur Einrichtung sind die Personensorgeberechtigten verantwortlich.

Sollten andere Personen als die Personensorgeberechtigten das Kind abholen oder soll das Kind allein nach Hause gehen, ist eine persönliche Mitteilung oder schriftliche Erklärung erforderlich; telefonische Benachrichtigungen sind nicht ausreichend.

Für den Fall, dass Geschwister das Kind abholen sollen, halten wir es grundsätzlich für erforderlich, dass diese mindestens das 10. Lebensjahr vollendet haben. Auch bei entsprechender schriftlicher Erklärung sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Tageseinrich-

tung verpflichtet zu prüfen, ob die damit verbundene Entscheidung im Einzelfall, etwa bei Bestehen von besonderen Gefahren, verantwortet werden kann.

6. Versicherung

Die Kinder in der Kindertagesstätte sind nach § 2 Abs. 1 Nr. 8a SGB VII bei Unfall versichert:

- auf direktem Wege zur und von der Kindertagesstätte,
- während des Aufenthaltes in der Kindertagesstätte und
- während aller Veranstaltungen der Kindertagesstätte außerhalb seines Grundstückes (Spaziergänge, Feste und dergleichen).

Der Versicherungsschutz der gesetzlichen Unfallversicherung besteht nur für Personenschäden, nicht für Sachschäden oder Gewährung von Schmerzensgeld.

Alle Unfälle, die auf dem Wege von und zur Einrichtung eintreten und eine ärztliche Behandlung zur Folge haben, sind der Leitung der Einrichtung unverzüglich zu melden, damit eine Schadensregulierung eingeleitet werden kann. Der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung besteht für alle Kinder, die in Tageseinrichtungen, die nach § 45 SGB VIII einer Betriebserlaubnis bedürfen, betreut werden. Eine persönliche Haftpflichtversicherung durch die Tageseinrichtung ist nicht gegeben.

Für Garderobe und persönliche Gegenstände der Kinder übernimmt der Träger bei Verlust oder Beschädigung grundsätzlich keine Haftung.

7. Krankheitsfälle

In der Tageseinrichtung für Kinder können keine akut kranken Kinder betreut werden. Sie dürfen für die Dauer ihrer Krankheit die Einrichtung nicht besuchen.

Bei Erkrankung des Kindes oder eines Familienangehörigen an einer übertragbaren Krankheit nach § 34 Infektionsschutzgesetz oder anderen ernsthaften Erkrankungen, hat der Sorgeberechtigte die Leitung unverzüglich zu informieren. Gleiches gilt, wenn in der Lebensgemeinschaft des Kindes ansteckende Erkrankungen auftreten. Die Personensorgeberechtigten werden durch ein Merkblatt informiert. Nach der Erkrankung darf das Kind die Tageseinrichtung für Kinder erst wieder besuchen, wenn keine Ansteckungsgefahr mehr besteht und eine Gefahr für die Gesundheit des Kindes oder anderer Kinder ausgeschlossen ist.

Bei berechtigten Zweifeln an der Gesundheit des Kindes, einer Weigerung der Personensorgeberechtigten, das Kind ärztlich untersuchen zu lassen, oder einer Gefährdung der Gesundheit des Kindes oder anderer Kinder, ist die Leitung berechtigt, das Kind von der Betreuung auszuschließen, bis eine Klärung erfolgt ist.

Medikamente werden in den Tageseinrichtungen für Kinder grundsätzlich nicht verabreicht. Nur in besonderen, unumgänglichen Einzelfällen (z. B. bei chronischer Erkrankung, Anfallsleiden oder Notfallversorgung) können Medikamente verabreicht werden. Dieses ist im Einzelfall mit den Personensorgeberechtigten gesondert und handschriftlich zu vereinbaren. In diesen Fällen werden Medikamente nur mit ärztlicher Bescheinigung und in Absprache mit dem Arzt verabreicht. Die Medikamente sind persönlich an die Erzieherin zu übergeben und müssen mit dem Namen des Kindes und genauer Dosierung versehen sein. Die Erzieherin kann eine Verabreichung ablehnen.

8. Elternbeitrag

Der von den Eltern bzw. Personensorgeberechtigten zu entrichtende Monatsbeitrag wird pro Kind und Monat für die Krippengruppe (bis 14.00 Uhr) auf mindestens 117,00 € und höchstens 295,00 €, für die Vormittagsgruppe (bis 12.00 Uhr) auf mindestens 65,00 € und höchstens 164,00 €, für die Integrationsgruppe (bis 13.00 Uhr) auf mindestens 93,50 € und höchstens 192,50 € und für die Ganztagsgruppe (bis 15.00 Uhr) auf mindestens 113,50 € und höchstens 287,00 € festgesetzt.

Der Elternbeitrag wird monatlich durch das Kirchenkreisamt in Bremervörde erhoben und ist spätestens zum 5. Werktag des Monats im Voraus auf das Konto des Kirchenkreisamtes bei der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde (BLZ 241 512 35), Konto-Nr. 110 882 oder bei der Volksbank eG (BLZ 291 623 94), Konto-Nr. 300 9020 200 zu zahlen, sofern dem Kirchenkreisamt keine Einzugsermächtigung vorliegt.

Bei einem Zahlungsrückstand von mehr als zwei Monaten kann das Kind vom weiteren Besuch der Kindertagesstätte ausgeschlossen werden.

Die Elternbeiträge sind unter Berücksichtigung des Einkommens der Personensorgeberechtigten und der Anzahl der Kinder sowie der Betreuungsformen und Betreuungszeiten gestaffelt:

Beitragsstaffel für die Betreuung in der Ev. Kindertagesstätte „Die Arche“ in Selsingen ab 01.08.2013					
Stufe	Jahres-Einkommensgrenze (Summe der Einkünfte/ Steuerbescheid)	Beiträge			
		Vormittags- gruppe (8 - 12 Uhr)	Integrations- gruppe (8 - 13 Uhr)	Krippen- gruppe (8 - 14 Uhr)	Ganztags- gruppe (8 - 15 Uhr)
1	über 39.000 €	164,00 €	192,50 €	295,00 €	287,00 €
2	36.001 € bis 39.000 €	153,00 €	181,50 €	275,00 €	267,50 €
3	33.001 € bis 36.000 €	142,00 €	170,50 €	256,00 €	248,50 €
4	30.001 € bis 33.000 €	131,00 €	159,50 €	236,00 €	229,00 €
5	27.001 € bis 30.000 €	120,00 €	148,50 €	216,00 €	210,00 €
6	24.001 € bis 27.000 €	109,00 €	137,50 €	196,00 €	190,50 €
7	21.001 € bis 24.000 €	98,00 €	126,50 €	176,00 €	171,50 €
8	18.001 € bis 21.000 €	87,00 €	115,50 €	157,00 €	152,00 €
9	15.001 € bis 18.000 €	76,00 €	104,50 €	137,00 €	133,00 €
10	bis 15.000 €	65,00 €	93,50 €	117,00 €	113,50 €

In dem Beitrag sind die Kosten für ein Getränk je Betreuungstag enthalten.

Bei Inanspruchnahme der Sonderöffnungszeiten erhöht sich der monatliche Beitrag um folgende Beträge:

Frühdienst	(06.30 – 08.00 Uhr):	je ½ Stunde	10,00 €
Mittagsdienst	(12.00 – 13.00 Uhr):	je ½ Stunde	10,00 €
Spätdienst	(14.00 – 17.00 Uhr):	je ½ Stunde	10,00 €

Änderungen des Elternbeitrages hat der Träger spätestens acht Wochen vorher bekannt zu geben.

Für die Teilnahme am Mittagessen wird pro Essen ein Betrag in Höhe von z.Z. 2,90 € fällig.

Die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, alle zur Berechnung des Beitrages notwendigen Angaben zu machen und im Einzelfall auf Anforderungen zu belegen. Kann der zutreffende Beitrag wegen fehlender oder unvollständiger Angaben nicht ermittelt werden, wird der Höchstbeitrag erhoben. Dies gilt sinngemäß auch, wenn aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Kirchengemeinde und der politischen Gemeinde die Berechnung der Beiträge durch die politische Gemeinde erfolgt. Die Personensorgeberechtigten sind damit einverstanden, dass die zur Berechnung des Elternbeitrages erforderlichen personenbezogenen Daten an die Samtgemeinde Selsingen ausschließlich für diesen Zweck weitergegeben werden.

Anträge auf Staffelung des Elternbeitrages sind spätestens am ersten Betreuungstag mit den prüffähigen Unterlagen (Einkommenssteuerbescheid, Verdienstbescheinigungen) rechtsverbindlich unterschrieben bei der Samtgemeindeverwaltung vorzulegen.

Maßgeblich für die Beitragsermittlung ist die Summe der Einkünfte (§ 2 Abs. 2 EStG) gemäß Steuerbescheid des vorletzten Kalenderjahres vor Beginn des Betreuungsjahres zzgl. der negativen Einkünfte abzgl. eines Freibetrages von 2.100 € im Sinne des § 32 EStG je Kind.

Liegt ein Steuerbescheid nicht vor, ist eine Bescheinigung über das gesamte Jahreseinkommen des vorletzten Kalenderjahres vorzulegen.

Weicht das Einkommen im Jahr der Benutzung der Einrichtung um mehr als 20% von dem des vorletzten Kalenderjahres ab, ist das Einkommen im Jahr der Benutzung zugrunde zu legen.

Besuchen mehrere Kinder einer Familie gleichzeitig die Kindertagesstätte, ermäßigt sich der errechnete Beitrag für das zweite und jedes weitere Kind um 40%. Diese Regelung gilt nur, wenn auch für das erste Kind Beitragspflicht besteht.

Der Elternbeitrag ist während des gesamten Betreuungsjahres (01. Aug. bis 31. Juli), auch in den Ferien- und während Krankheitszeiten zu entrichten. Die in Ziffer 4. und 7. genannten Schließungs- und Fehlzeiten befreien nicht von der Beitragspflicht.

Der Beitrag ist auch dann in voller Höhe weiterzuzahlen, wenn das Kind der Betreuung fernbleibt und der Platz freigehalten wird.

Der monatliche Elternbeitrag wird vom Träger für jeweils ein Betreuungsjahr festgelegt. Dabei werden ggf. zwischen dem Träger und der politischen Gemeinde getroffene Regelungen berücksichtigt. Der Träger kann den Elternbeitrag insbesondere wegen allgemeiner Kostensteigerungen oder aufgrund von Vereinbarungen auf kommunaler Ebene nach Anhörung des Beirats durch schriftliche Erklärung gegenüber den Personensorgeberechtigten jederzeit angemessen neu festsetzen. Beitragserhöhungen werden den Personensorgeberechtigten rechtzeitig mitgeteilt.

Die beitragspflichtigen Eltern bzw. Personensorgeberechtigten erklären sich mit diesem Beitragsfestsetzungsverfahren durch Unterzeichnung des Betreuungsvertrages einverstanden.

Die Zahlungspflicht beginnt mit dem Tag der Aufnahme des Kindes in der Kindertagesstätte, dann weiter mit dem 1. eines jeden Kalendermonats, in dem das Kind die Kindertagesstätte besucht.

Für Kinder, die bis zum 15. eines Monats aufgenommen werden, ist der volle Elternbeitrag, für die Kinder, die ab dem 16. eines Monats aufgenommen werden, der halbe Elternbeitrag für den Aufnahmemonat zu entrichten.

Die Zahlungspflicht endet mit Ablauf des Monats in dem das Kind aus der Kindertagesstätte ausscheidet.

Wer aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage ist, den Elternbeitrag zu zahlen, kann beim örtlichen Jugend- oder Sozialamt einen Antrag auf Übernahme stellen.

Nebenkosten, die nicht im Beitrag enthalten sind, z. B. für Ausflüge und besondere Veranstaltungen werden mit den Eltern besprochen und Erstattungsbeträge hierfür eingesammelt.

9. Abmeldung

Eine Abmeldung kann nur mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende erfolgen. Eine Abmeldung für den Zeitraum vom 01. April bis 31. Juli ist nur zum Ende des Betreuungsjahres (01.08. bis 31.07.) möglich.

Bei Nichteinhaltung der Frist wird die Abmeldung erst zum nächstmöglichen Termin wirksam.

Im gegenseitigen Einvernehmen kann in begründeten Ausnahmefällen auf die Einhaltung einer Kündigungsfrist verzichtet werden.

Der Elternbeitrag ist solange zu entrichten, bis die Abmeldung wirksam wird.

10. Kündigung

Der Träger der Tageseinrichtung kann den Betreuungsvertrag fristlos kündigen, wenn

- die Personensorgeberechtigten trotz vorheriger schriftlicher Mahnung ihren Verpflichtungen aus dem Betreuungsvertrag nicht oder nicht vollständig nachkommen,
- die Personensorgeberechtigten mit der Zahlung des Elternbeitrages für mehr als zwei Monate ganz oder teilweise in Verzug geraten,
- das Kind besonderer Hilfe bedarf, die die Tageseinrichtung trotz erheblicher Bemühungen nicht leisten kann,
- ein wichtiger Grund hierfür vorliegt (z. B. das Vertrauensverhältnis zwischen den pädagogischen Fachkräften der Einrichtung und den Personensorgeberechtigten erheblich gestört ist und insoweit eine Zusammenarbeit mit den Personensorgeberechtigten nicht mehr möglich ist).

11. Elternvertretung

Die Eltern bzw. Personensorgeberechtigten der Kinder in einer Gruppe wählen aus ihrer Mitte eine Gruppensprecherin oder einen Gruppensprecher sowie deren Vertretung. Das Wahlverfahren regelt das Kuratorium. Die Gruppensprecherinnen und Gruppensprecher bilden einen Elternrat. Die erste Wahl im Kindergarten veranstaltet die Kirchengemeinde.

12. Kuratorium

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 2 KiTaG wird festgelegt, dass die Aufgaben des Beirates vom Kuratorium wahrgenommen werden.

Zur Beratung und Unterstützung des Rechtsträgers in allen mit dem Betrieb der Kindertagesstätte zusammenhängenden Fragen wird ein Kuratorium gebildet. Es setzt sich aus 10 Mitgliedern, und zwar aus je 2 Vertretern der Gemeinde/Samtgemeinde, der Kirchengemeinde, Vertretern der Fach- und Betreuungskräfte und den Gruppensprechern/Gruppensprecherinnen zusammen, die jeweils vom Gemeinde-/Samtgemeinderat, Kirchenvorstand und von der Elternschaft gewählt/berufen werden. Weitere sachkundige Personen können mit beratender Stimme vom Kuratorium zu den Sitzungen hinzugezogen werden.

Bei wichtigen Entscheidungen des Trägers und der Leitung wird das Benehmen mit dem Kuratorium hergestellt. Das gilt insbesondere für:

- a) die Aufstellung und Änderung der Konzeption für die pädagogische Arbeit,
- b) die Einrichtung neuer und Schließung bestehender Gruppen oder Betreuungsangebote,
- c) die Festlegung der Gruppengröße und der Grundsätze für die Aufnahme von Kindern,
- d) die Öffnungs- und Betreuungszeiten,
- e) die Personaleinstellungen,
- f) die Aufstellung des Haushaltsplanes.

Zu den unter a) bis f) genannten Angelegenheiten sowie zur Verwendung der Haushaltsmittel und zur Regelung der Elternbeiträge in der Kindertagesstätte kann das Kuratorium Vorschläge machen.

Dem Kuratorium steht bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sowie bei der Personaleinstellung ein einmaliges Einspruchsrecht zu.

Der Rechtsträger des Kindergartens, vertreten durch den Kirchenvorstand, entscheidet in eigener Verantwortung endgültig in allen die Kindertagesstätte betreffenden Fragen, soweit er nicht einzelne Personen mit der Wahrnehmung einzelner Aufgaben betraut hat.

13. Datenschutz

Die Erhebung der personenbezogenen Daten sowie deren Verarbeitung und Nutzung richten sich nach dem Kirchengesetz über den Datenschutz (DSG-EKD), insbesondere nach § 27 Abs. 3 in Verbindung mit §§ 61 bis 68 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG/SGB VIII) in den jeweils geltenden Fassungen.

14. Betreuungsvertrag

Die vorstehenden "Allgemeinen Benutzungsregelungen" werden Bestandteil des Betreuungsvertrages, der zwischen den Personensorgeberechtigten und dem Träger der Tageseinrichtung spätestens am Tage der Aufnahme des Kindes von beiden Seiten unterschrieben sein muss.

15. Inkrafttreten

Diese Regelungen treten mit Wirkung vom 1. August 2013 in Kraft und lösen die bisherigen Regelungen ab.

Selsingen, den 24.04.2013

Der Kirchenvorstand:

(L S.)

(Unterschrift)

(Unterschrift)